

18. Wahlperiode

## Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Mehr Sicherheit für zu Fuß Gehende und Radfahrende beim Abbiegevorgang von Lkw – I –**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative die Sicherheit für den Fuß- und Radverkehr bei abbiegenden Lkw zu erhöhen. Durch die verbindliche Vorschrift von sicherheitswirksamen technischen Einrichtungen wie Abbiegeassistenten und mit optimierten Fahrerhäusern ist die Gefährdung von zu Fuß Gehenden und Radfahrenden durch abbiegende Lkw zu reduzieren. Die optimierten Fahrerhäuser sollen bessere direkte Sichtbeziehungen für das Fahrpersonal vor dem Fahrzeug und seitlich des Fahrzeuges ermöglichen.

Die geforderten technischen Einrichtungen sind für in Deutschland zugelassene Neufahrzeuge sofort verpflichtend einzuführen. Mit dieser Bundesratsinitiative soll die Bundesregierung aufgefordert werden zu prüfen, ob auch die Nachrüstung von Bestands-Lkw mit wirksamen Abbiegeassistenten möglich ist. In diesem Fall sollen auch diese verpflichtend eingeführt werden, ggf. sind dafür Fördermöglichkeiten zu schaffen. Gleichzeitig soll sich die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass entsprechende Regelungen in allen Mitgliedsstaaten umgehend eingeführt werden.

Alle Lkw (EG Fahrzeugklasse N) im Fuhrpark des Senats, der obersten Landesbehörden sowie der nachgeordneten Behörden der Senatsverwaltungen, der Bezirksverwaltungen sowie der landeseigenen Betriebe sind unabhängig von der Einführung einer bundesweiten Regelung mit Abbiegeassistenten bei der Neubeschaffung auszustatten, sofern entsprechende Systeme für den jeweiligen Fahrzeugtyp erhältlich sind.

Der Senat wird aufgefordert, anhand internationaler Erfahrungen zu prüfen, welche infrastrukturellen Maßnahmen dazu beitragen, Lkw-Abbiegeunfälle weitgehend zu minimieren, z.B. durch eigene Grün-Phasen für Rechtsabbieger.

***Begründung:***

Die meisten Radverkehrsunfälle ereignen sich an Knotenpunkten. Entsprechend sind Unfälle beim Abbiegen und beim Einbiegen/Kreuzen die häufigsten Unfallkonstellationen. Dabei dominieren an Knotenpunkten mit Lichtsignalanlagen die Abbiegeunfälle deutlich. Bei den weitaus meisten Abbiegeunfällen sind Pkw die Unfallgegner des Radverkehrs. Immerhin an rund 10 % der Radverkehrsunfälle sind Lkw und Lieferwagen beteiligt. Diese Unfälle ereignen sich meist beim Rechtsabbiegen und haben für Radfahrende und zu Fuß Gehende oft schwere Unfallfolgen.

Die Ursache hierfür ist, dass trotz Ausrüstung der Lkw mit diversen Spiegeln, die im Ergebnis eine lückenlose Rundumsicht ermöglichen, Lkw-Fahrer beim Rechtsabbiegevorgang sich nähernde zu Fuß Gehende und Radfahrende nicht wahrnehmen. Die Praxis zeigt, dass eine weitere Steigerung der Anzahl an Sicherheitsspiegeln das Problem nicht umfassend löst. Es gibt jedoch technische Möglichkeiten (verschiedene Fahr-Assistenz-Systeme, Annäherungssensoren, Videokameras und Fahrerinnen mit besserer Sicht vor dem Fahrzeug und seitlich des Fahrzeugs), die das Gefahrenpotenzial deutlich reduzieren und die Arbeit des Fahrpersonals im komplexen Großstadtverkehr entlasten können. Zum Einsatz kommende Fahr-Assistenz-Systeme schützen damit das Umfeld, das Fahrzeug, die Ladung und nicht zuletzt die Fahrenden selbst.

Die Kosten hierfür machen im Vergleich zu den Anschaffungskosten eines Lkw nur einen Bruchteil aus. Ohne eine verbindliche Verankerung der Notwendigkeit entsprechender Lösungen im Fahrzeug scheuen jedoch weiterhin viele Unternehmen entsprechende Investitionen.

Im Rahmen des Projektes „Verkehrssicherheitsprogramm Berlin 2020“ setzt sich der Senat für verbesserte Sicherheitsstandards von Kraftfahrzeugen ein, insbesondere auch durch die Ausweitung der Ausstattung von Lkw mit sicherheitswirksamen Assistenz-Systemen, die im Rahmen geltender EU- und Bundesvorschriften zur Verfügung stehen. Diese Bemühungen gilt es nun, in Form eines Umsetzungsappells auch an die Bundesebene zu richten und auf eine EU-weite Umsetzung hinzuwirken.

Um für Berlin eine Vorreiterrolle bei der Einführung und Umsetzung von technischen Einrichtungen zur Unfallvermeidung zu erreichen, muss auch der Austausch mit London verstärkt werden, wo bereits mit dem Projekt „safer trucks“ und dem „Direct Vision Standard for HGVs“ (modellhaft) gearbeitet wird.

Berlin, d. 14. Februar 2018

Saleh      Buchholz      Schopf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Bluhm U. Wolf Ronneburg  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek Gebel Moritz Dr. Taschner  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen